

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnummer 15 Pfg.	Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Frans Poersch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.	Inserate, die 3 gespaltene Petit- Zelle 30 Pf. Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf. Bei Wiederholung Ermäßigung.
Jr. 16.	Berlin, den 11. August 1901.	5. Jahrg.

Gasanstalts-Arbeiter! Sammelt fleißig für den Gasarbeiter-Kongress, sonst kann derselbe im Oktober d. Js. nicht stattfinden.

Die bevorstehenden Wahlen zu den Gemeinde-Collegien.

Demnächst finden wieder in mehreren Einzelstaaten Deutschlands die Wahlen für die Gemeinde-Collegien — Stadtverordneten - Versammlung, Bürgerchaft etc. — statt. Hierbei sind die städtischen Arbeiter sehr interessiert. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse hängen namentlich von der Zusammensetzung der Gemeinde-Collegien ab. Weichen diese in ihrer Mehrheit aus Personen, die allem Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage feindlich gegenüberstehen, so ist es klar, daß die Lage der städtischen Arbeiter keine rosig sein kann. Behauerlicher Weise liegt nun auf Grund unserer Wahlsysteme zu den Gemeinde-Collegien die Situation derart, daß fast überall die Kapitalisten — Fabrikanten, Großkaufleute etc. — in den Gemeinde-Verwaltungen dominieren. Von diesen Leuten ist wenig oder garnichts für die städtischen Arbeiter zu erwarten. Schon das persönliche Interesse dieser Herren bringt es mit sich, daß sie sich gegen die Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter sträuben. Sie wollen garnicht, daß die städtischen Betriebe Musteranstalten sind; sie fürchten sich, daß dann auch ihre eigenen Arbeiter dieselben Vergünstigungen verlangen würden. Dann kommt der Unwohlstand dieser Kreise in sozialpolitischen Dingen hinzu.

Die städtischen Arbeiter haben also ein Interesse daran, daß die Gemeinde-Collegien anders zusammengesetzt werden. Es müssen in ihnen Leute mit sozialpolitischem Verständnis sitzen, welche die städtischen Betriebe zu Musteranstalten ausbauen.

Nun können die städtischen Arbeiter aber einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Gemeinde-Collegien ausüben. Sie stehen zu ihrem Arbeitgeber in einem anderen Verhältnis, als die Arbeiter der Privatbetriebe. Der Privatunternehmer hat keine Maßnahmen in betreff des Lohnes, der Arbeitszeit etc. Niemanden gegenüber zu verantworten. Anders liegt die Sache dagegen bei den Gemeinden. Der Magistrat — Stadtrath — kann nicht betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter machen was er will, sondern er muß um die Bewilligung der notwendigen Mittel bei dem Gemeinde-Collegium einkommen, er hat diesem Rechenschaft über seine Maßnahmen abzulegen. Er ist also der öffentlichen Kontrolle unterworfen, der Wählerschaft für seine Amtshandlungen verantwortlich. Die städtischen Arbeiter können also dahingehend die Wählerschaft beeinflussen, daß sie nur Männer wählen soll, die sich ihrer Interessen annehmen. Dann aber kommt hinzu, daß ein großer Theil der städtischen Arbeiter selbst wahlberechtigt ist. Diese werden also unter allen Umständen sich an der Wahl zu beteiligen haben und nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben dürfen, von denen sie wissen, daß sie ihre Interessen vertreten.

Da in einigen Staaten Deutschlands es notwendig ist, daß die Wähler erst das Bürgerrecht erwerben müssen, wenn sie wahlberechtigt sein wollen, so ist es eine heilige Pflicht der städtischen Arbeiter, das Bürgerrecht zu erwerben.

Wir, die städtischen Arbeiter, haben den gewerkschaftlichen Kampf nach zwei Seiten hin zu führen. Wir müssen einmal an den Magistrat — Stadtrath — unsere Forderungen richten und wir müssen andererseits für eine uns günstige Zusammensetzung der Gemeinde-Collegien thätig sein. In der letzten Beziehung ist seitens unseres Verbandes eine bestimmte Taktik noch nicht festgelegt worden. Wir halten es auch nicht für gut, uns ein für alle Mal einer bestimmten Partei bei den Wahlen für die Gemeinde-Collegien zu verschreiben. Wir finden es vielmehr für richtiger, wenn jeder Ort vor den jeweiligen Wahlen prüft, welche Partei sich der Interessen der städtischen Arbeiter annimmt. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist festzulegen, für welche Partei die städtischen Arbeiter bei den bevorstehenden Wahlen eintreten. Es wird hierbei wohl durchgängig nur die sozialdemokratische Partei in Frage kommen; unsere bisherige Erfahrungen veranlassen uns das anzunehmen.

Darum müssen also die städtischen Arbeiter den Wahlen für die Gemeinde-Collegien nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern sie haben sich lebhaft hierfür zu interessieren.

Zwar werden wir es bei den heutigen Wahlsystemen nicht dahin bringen, daß die Mehrheit in den Gemeinde-Collegien ohne Weiteres auf unserer Seite steht. Die Thatsachen beweisen es aber, daß die Anwesenheit einiger tüchtiger Arbeitervertreter in den Gemeinde-Collegien schon viel zur Verbesserung unserer Lage beitragen kann.

Darum rufen wir unseren Verbandskollegen zu: Nehmt zu den Gemeindevahlen Stellung und beteiligt Euch an denselben!

Unparteiische Männer über die gewerkschaftl. Organisationen der Arbeiter.

Wilhelmi sagt über die Streiks: „Das Koalitionsrecht (Bereinigungsrecht) gewährt, aber die Arbeits-einstellung als unethisch verdammen, ist ein Widerspruch in sich selbst; dann wäre das Koalitionsrecht der in der Scheide festgelähmte Sabel. Die Organisationen der Arbeiter kann nur dann nachhaltig nützen, wenn sie gestatten, das Angebot der Waare 'Arbeit' zu beschränken, um ihren Preis zu erhöhen oder die sonstigen Arbeitsbedingungen, (Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsordnung, Behandlung usw.) zu beeinflussen. — Wie soll das anders geschehen, als durch Androhung eines Streiks oder den Streik selbst. Die Organisation erst verleiht dem Arbeiter eine gleichberechtigte Stellung als Waarenverkäufer, indem sie ihm einen wirksamen Streik ermöglicht.“ Weiter sagt Wilhelmi: „Wenn Andere (Arbeitgeber, Grundbesitzer usw.) sich in einen Bund zusammenschließen, um ihre Interessen energisch zu vertreten, wozu, so bedarf auch der Arbeiter des Schutzes, den die Vereinigung aller Kräfte bietet. Und wenn die Kirche immer wieder gemahnt wird, den Arbeitern zu predigen: Seid zufrieden und wehrt Euch nicht gegen das Ungemach, Gott wird für Euch sorgen, — ist das nicht Vorkäuflichkeit, wenn dieselben Herren für sich das Recht in Anspruch nehmen, sich ganz würdevoll gegen das Ungemach zu wehren. Wir Christliche würden das Gewissen verstimmen, wenn wir den Arbeitern predigen wollten, daß er Sünde thut, wenn er sein Recht wahr und für das Interesse seines Standes kämpft.“

Bemerkenswert ist Wilhelmi's Beurteilung der sogenannten Arbeitervereine, welche zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in den einzelnen Betrieben dienen sollen, aber den Arbeitern wenig oder garnichts nützen, sobald sie sich nicht gut und

fest vereinigt haben. Wilhelmi sagt: Wenn die Arbeiter mit dem Unternehmertum verhandeln sollen, wie eine Großmacht mit der anderen, so müssen sie in umfassendere und mächtigere Organisationen zusammengefaßt sein, als Arbeitervereine einzelner Betriebe sein können. Die sogenannte Arbeitervereine eines Gewerbes muß wie ein Mann zusammenstehen. Wo das nicht der Fall ist, werden sie dem Unternehmertum wenig imponieren und im Kampfe keine Aussicht auf Erfolg haben.“ Auch über die Bedeutung, mit welcher die beschäftigten Klassen auf die Arbeiter bezubilden und sie als Menschen zweiter Klasse betrachten, schüttet Wilhelmi seinen Unwillen in folgenden Worten aus: „Darum, mehr Achtung vor dem Volk!“ Mit der aufsichtigen Achtung der Arbeiter als Mitmenschen, wird sich bei den beherrschenden und beherrschten Klassen eine gründlich: Veränderung ihrer Stellung zur sozialen Frage ergeben. Sie werden vor allem das Bedürfnis empfinden, sich über diese Frage zu unterrichten, statt in grauenhafter Unkenntnis derselben weiter zu leben, zwischen Juristenfällen, von der aufstrebenden Arbeitervereine und satter Ungewissheit. Man wird einsehen, wie selbstverständlich, wie unendlich menschlich das heiße Sehnen der Masse nach einem besseren Dasein ist.“

Wir haben jetzt die Stimme eines Priesters vernommen, hören wir nun auch einen Mann der Wissenschaft. In seinem Buche „Die Arbeiterfrage“, sagt Professor Hertner: „Ein Zeitalter, in dem der gläubende Dämon, der Herrscher, der Wähler trostlos: Armut und Kämpfen nach Macht und Wissen auch die untersten Schichten ergriffen hat“, könne nicht als Epoche des Niederganges bezeichnet werden. Ueber den Augen der Organisation sagt er: „Im Uebrigen ist leicht einzusehen, wie gründlich die Stellung der Arbeiter zum Abschluss des Arbeitsvertrages verändert wird, sobald sie wie ein Mann geschlossen und organisiert auftreten. — Werden die von einem Berufsverein festgesetzten Arbeitsbedingungen von den Unternehmern verworfen, dann kann durch die Arbeits-einstellung aller Vereinsmitglieder, wenigstens in Zeiten aufsteigender Konjunktur (guter Geschäftsgang), auf die Unternehmung ein mächtiger Druck zu Gunsten der Arbeiterforderungen ausgeübt werden. Wie die Organisation die Möglichkeit eröffnet, in Zeiten anziehender Preise den vollen Nutzen aus dem Stande der Dinge zu ziehen, so gewährt sie in Zeiten sinkender Nachfrage (schlechter Geschäftsgang) auch einen gewissen Schutz und wirkt gewissermaßen als Fallschirm. In ethischen, geschlossenen Vorgeben einer größeren Zahl organisierter Arbeiter, wird selbst bei beträchtlichem Angebot von freier Arbeit (Streikbrecher) den Unternehmern Verlegenheiten bereiten können. — Sodann stellt die Organisation immer eine moralische Macht dar. Sie hebt den von ihr erfahrenen Arbeiter nicht nur als Menschen empor, was nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsbedingungen bleiben kann, sondern sie vermag auch auf die öffentliche Meinung, die Stellung der Behörden usw. einzuwirken.“ Diese letzteren Auslegungen Prof. Hertners sind insofern beachtenswert, als damit auch der moralische, sittliche Wert der Arbeiterorganisationen und damit ihr kultureller Einfluß anerkannt wird.

Nach dieser Seite verdient auch erwähnt zu werden, was Pastor Dr. Pfannkuche in einer kürzlich erschienenen Schrift, „Was liegt der deutsche Arbeiter“, sagt. Er hat in dieser Schrift Untersuchungen über das Vese- und Bildungsbedürfnis der deutschen Arbeiter angestellt und kommt dabei zu folgendem Schlussergebnis: „Zunächst wird jeder, der mit dem Bildungsstreben der verdammten Volksschichten Fühlung hat, von neuem bestätigt finden, daß das Verlangen nach geistiger Fortbildung in den Kreisen der organisierten Arbeiterchaft ein sehr hohes ist; ein ungleich höheres, als wie z. B. in den Schichten der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden.“ Ferner sagt Pfannkuche: „Eine weitere wichtige Frage wäre die, welche Gruppen der Arbeiterchaft das größte Vese- und Bildungsinteresse haben. Die Antwort lautet kurz: Diejenigen, welche den höchsten Lohn, die kürzeste Arbeitszeit und die beste Organisation haben.“ Und daß wiederum die eifrigsten Mitglieder der Organisation bzw. die fleißigsten Besucher der Gewerkschaftsversammlungen zugleich die fleißigsten Benutzer der Selbststudien sind.“ — Den Kenner der modernen Arbeitsverhältnisse wird dies gewonnene Resultat nicht Ueberraschendes bieten, ihm aufs neue die Bestätigung liefern, daß die Gewerkschafts-

organisationen in jeder Weise die Elite (die Besten, die tüchtigsten der deutschen Arbeiterklasse repräsentieren und daß sie nach beiden Seiten hin geistige, wie für stützliche Haltung der Arbeiterklasse wirksam sind. — Ich stelle deshalb, als nächstes Ergebnis, unbedingt den Satz auf, daß jede Förderung der freien Arbeiterorganisationen zugleich eine Förderung des geistigen und sittlichen Niveaus (die gleiche Höhe) der deutschen Arbeiterklasse bedeuten. — Der enge Zusammenhang zwischen der Arbeiterzeit und den Lebensverhältnissen einerseits und dem geistig-sittlichen Niveau der Arbeiterklasse andererseits, wird auch durch diese neue Umwälzung aufs Neue bestätigt. Lieber je mehr freie Zeit der Arbeiter verfügt, um so mehr wendet er sich bildender Lesart zu."

Dem ist weiter nichts hinzuzufügen. Es ist nur ein neuer und, weil er von unparteiischer Seite geführt, wertvoller Beweis dessen, was die Vertreter der schon organisierten Arbeiter immer behaupteten. Wenn Frauen aber, welche mit unermüdlicher Opferwilligkeit für die Organisation wirkten, wird diese Bestätigung ein neuer Ansporn sein.

Die Zahl derjenigen Personen, welche außer den hier zitierten sich ebenfalls anerkennend über die Arbeiterorganisationen geäußert haben, ist sehr groß. Getrieben durch die traurigen Verhältnisse der Arbeiter einerseits und durch das Streben derselben in ihren Organisationen andererseits, sah sich ein großer Teil der sogenannten besseren Bürgertums gezwungen, zur sozialen Frage im Allgemeinen und zu den Arbeiterorganisationen im Besonderen Stellung zu nehmen. Und wenn dabei in Wort und Schrift den Arbeitern viel Schönes gesagt worden ist und viele gute Nachschläge eintreffen werden, so dürfen wir nicht vergessen, daß das Wert unserer Botschaft nur durch und allein durch unsere eigene Kraft vollendet werden kann. Darum aber, wie die hier erwähnten Männer Wilhelm, Dreyer, Pfannkuche, über die gewerkschaftliche Organisation denken, mögen nun diejenigen in unserer Reihe, welche noch immer der Organisation fernstehen, erleben, wie verachtet, wie unbedeutend ihre Haltung ist. Möge für Euch, Ihr Unorganisierten, der Inhalt dieses Artikels eine nützliche Lehre sein. Möge er Euch zeigen, daß es Eure unbedingte Pflicht ist, der Organisation Euch anzuschließen. Dort, wo Eure Arbeitsbrüder um Versicherung ihrer und Eurer Lage kämpfen, da ist auch Euer Platz. Ihr dürft Euch nicht zurückziehen und tharatenlos die Seite stehen, wenn Ihr nicht zum Verräther an Eurer eigenen Sache werden wollt. Nichts, nichts darf Euch abhalten, in die Reihen Eurer kämpfenden Brüder einzutreten. Gleichviel welcher Religion oder Konfession Ihr angehört, als Arbeiter sind wir alle Brüder, darum soll und in der Organisation nur ein einziges großes Band, das Band der Liebe umschließen. Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst," sagte Jesus von Nazareth; dieser Grundgedanke ist auch unser Ziel. Indem wir keinen Unterschied machen, ob der Eine dies oder jenes glaubt, sei unser Wahlspruch: „Einer für Alle, Alle für Einen!" Unter diesem Wahlspruch wird Jeder, der ein rechtschaffen Herz und einen guten Willen hat, in der Organisation hochgeachtet. Wenn heute die Kollegen noch nicht überall und vollständig brüderlich-einig zusammenarbeiten, so sind zum allergrößten Teile daran die jetzigen Verhältnisse schuld. Gerade unter den jetzigen Verhältnissen kann eben die wahre, echte Kollektivität nicht richtig gedeihen. Darum suche Jeder diese Verhältnisse durch einmütiges Zusammenarbeiten in der Organisation zu ändern, dann wird auch hier eine Veränderung eintreten und die schöne Blume „Kollektivität" blühen können.

Unsere große Aufgabe kann nicht durch einen Wandstreich, nicht von heute auf morgen erfüllt werden, sondern dazu ist ein steter, ununterbrochener, organisierter Kampf notwendig, welcher uns, wenn auch langsam, aber sicher zum Ziele führt. Gerade jetzt, wo bei dem schlechten Geschäftsgang das Unternehmensvermögen die Höhe herabzieht, die Arbeitsbedingungen verschlechtert und sonstige Verdrückungen vornehmen, lernen wir so recht begreifen, wie groß die Schwierigkeiten sind, welche uns entgegenstehen. Und doch könnten auch in solchen Zeiten die meisten und und größten Liebel abgewandt werden, wenn nicht ein so großer Teil Kollegen noch außerhalb der Organisation ständen. Gerade jetzt müssen die Kollegen verstehen, daß es ihre heiligste Pflicht ist, an unseren großen Streikbewerke mitzuarbeiten.

Mag nun Schluß noch ein Wort des Professors von Gysi hier Platz finden, welcher sagte: „Der Anknüpfung an eine Organisation ist eine sittliche Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne die zwingendsten Gründe entziehen darf."

Also, Ihr süsslichen Arbeiter, die Ihr bis jetzt der Organisation noch fern geblieben seid, gedulde Euch, schaut nicht den wöchentlichen Beitrag. Es ist der Same, welcher in den Aker der Organisation gelegt wird, und dieser Same muß und muß Früchte bringen. Ohne Same keine Ernte! Jätmahr, daß Ziel, das wir erstreben, ist so groß, so heilig, so schön, daß es jeden mit Stolz erheben muß für die Verwirklichung dieses Zieles seine Rechte einzusetzen. Darum, binne in die Organisation: Jünnen, Kollegen, in den Verband der süsslichen Arbeiter.

Drei Vorkämpfer für den Achtstundentag.

Der berühmte Pädagoge Comenius, der Philosoph Helvetius und der deutsche Dichter Wieland gehören zu den entschiedensten Vorkämpfern für eine vernünftige Arbeitszeit.

In seiner Didaktik (15. Kapitel) forderte Comenius schon vor 300 Jahren den Achtstundentag, indem er

*) Der eigentliche Name ist Komenský.

sagte: „Der natürliche Tag hat 24 Stunden, von denen, wenn wir für den Gebrauch des Lebens von einer Dreiteilung ausgehen, acht Stunden auf den Schlaf, ebenfalls auf die äußeren Geschäfte (auf Heiligkeit, Pflege, anständige Erholung, freundschaftliche Unterhaltung) entfallen und schließlich für die ernsten, mit Mühe und ohne Lebenslust zu erledigenden Arbeiten acht Stunden übrig bleiben. Wünschenswert wird es also (wenn der lebende Tag ganz für die Ruhe bleibt) 48 Arbeitsstunden geben."

Der französische Philosoph Helvetius (geboren 1715) beschäftigt sich in seinem bedeutenden Werke „Über den Menschen und seine Erziehung" auch mit der Frage der sozialen Reform. Er findet, daß das richtig begriffene Eigeninteresse sich mit dem öffentlichen oder Gemeininteresse vermischt; nicht aber laufe mehr dem Gemeininteresse zuwider, als eine große Menge Proletariat, die den Unternehmern auf Gnade und Ungnade ergeben sein. Solchem Mißstand zu wehren, sei Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung. Es gelte, die ganz ungleiche Verteilung der Reichthümer zu beseitigen. „Es giebt," sagt Helvetius wirklich, „nur zwei Klassen: Reiche, die im Übermaß zu verheizen, sowie ihre Erziehung und Bildung zu ermöglichen, empfinden; und Arme, die in übermäßiger Arbeit leben." Um die überflüssigen Schätze aus dem Ueberflusse zu verheizen, sowie ihre Erziehung und Bildung zu ermöglichen, empfinden; und Arme, die in übermäßiger Arbeit leben." Um die überflüssigen Schätze aus dem Ueberflusse zu verheizen, sowie ihre Erziehung und Bildung zu ermöglichen, empfinden; und Arme, die in übermäßiger Arbeit leben." Um die überflüssigen Schätze aus dem Ueberflusse zu verheizen, sowie ihre Erziehung und Bildung zu ermöglichen, empfinden; und Arme, die in übermäßiger Arbeit leben."

Helvetius befindet hier, daß er ein sehr praktischer Philosoph war, der erkannt hatte, daß der Haupt- und Endzweck aller Wissenschaft sei, „zur rechten Zeit das allgemeine Leben und die ganze menschliche Ordnung der Dinge zu gestalten." Er wußte sehr gut, daß eine solche Maßregel die Wirkung haben würde, den Werth der Arbeitskraft und das Arbeitsvermögen der Arbeiter zu erhöhen und zugleich eine größere Anzahl von Arbeitern, die sonst arbeitslos im Lande herumziehen, an der Produktion zu beteiligen. Helvetius wußte auch, daß die bessere Erziehung des Arbeiters eine größere Schonung seiner Kraft und mehr freie Zeit voraussetze. Und deshalb forderte er einen Arbeitstag von „sieben bis acht Stunden." Er ging also über die Forderung, welche die Arbeiter heute erheben, noch hinaus.

Und zu seiner Zeit war die moderne Industrie erst in ihren Anfängen. Der Reize Kapitalismus wurde erst 20 Jahre nach dem Tode dieses großen Denkers durch die große Revolution entwirrt, um seinen Siegeslauf über die Erde anzutreten und die Proletarisation der Masse in einem vorher kaum gedachten Umfange zu betreiben. Allerdings taufte sich Helvetius darüber nicht, daß an die Erfüllung seiner Forderung so bald nicht zu denken sei. Er fragte: „Aber in welchem Lande Europas soll diese Sache in dieser Zeit bewerkstelligt werden? Daran ist sobald nicht zu denken. Und dennoch läßt sich bei der täglich sich mehrenden Zerrüttung der Zustände in den sämtlichen Staaten erkennen, daß die Sache keineswegs eine platonische (das heißt eine ideale, nicht zu verwirklichende) ist. Lieber kurz oder lang müssen, wie die Weisen sagen, alle Möglichkeiten zu Wirklichkeiten werden."

Darüber sind mehr als hundert Jahre vergangen. Unserer Zeit war es vorbehalten, mit der Bekämpfung der Arbeitszeit Ernst zu machen, sie als eine unabwiesbare Forderung der wirtschaftlich-sozialen Reform mit jener Entscheidung geteilt zu machen, gegen die es auf die Dauer kein Strauben und kein Wehren giebt.

Nun Wieland. In seinem vor etwa über hundert Jahren (1794) erschienenen „Goldenen Spiegel" schreibt er: „Die Natur hat die Erzeugung zur Verbindung der Arbeit, nicht zur Beschäftigung des Müßigganges bestimmt. Arbeit, Beschäftigung und Ruhe, jedes in seinem Maße zu gleichen Theilen vermischt (also auch die Achtstundenarbeit) und nach dem Stande der Natur gewandelt, ist ein Wunder. Freu Euch Eures Daseins, Eurer Menschheit so viel als möglich, jeden Augenblick Eures Lebens. Hört das unveränderliche Gesetz der Natur: Ohne Arbeit ist keine Gesundheit der Seele noch des Leibes, ohne diese keine Glückseligkeit möglich. Die Natur will, daß Ihr die Mittel zur Erhaltung und Verbesserung Eures Daseins als Früchte einer mäßigen Arbeit aus ihrer Schöpfung ziehen sollt. Nichts als eine nach dem Grade unserer Kräfte abgemessene Arbeit wird Euch die Gesundheit erhalten."

So urtheilt vor 800, 150 und 100 Jahren drei große Männer, welche auch von unserer „gebildeten" Gesellschaft als Jüerden der Wissenschaft anerkannt werden. Das hindert natürlich viele aus jener Gesellschaft, besonders die kapitalistischen Zeitungsschreiber, nicht, dem Weltwörter baustein auseinander zu legen: Die Forderung des Achtstundentages sei dem „sozialdemokratischen Gange nach Hautheit" entgegen und die Einführung der Achtstundenarbeit sei gleichbedeutend mit der Anerkennung eines „Rechtes auf Hautheit".

Zur Berliner Beamtenfrage.

In Nr. 14 der „Gewerkschaft" bündelt sich ein Eingekandt vom Kollegen Herrmann. Dasselbe wirt den Jüitalen, welche nicht für einen Beamten der Berliner Jüitalen sind, zur Richtigkeit vor. Ich werde diesen Vorwurf sonderbar. Wenn einige Jüitalen die Anstellung eines besonderen besoldeten Beamten abgelehnt haben, so ist das hauptsächlich wegen der Rentenfrage gechehen. Extraktien zu erhalten, ist nicht angänglich, es würde Jü. den Namen meiner Jüitalen bedeuten. Kollege Herrmann schreibt weiter, daß die Berliner Jüitalen zum Stillstand gekommen sind. Es mag ja sein, daß einige Berliner Jüitalen keine Fortschritte machen, aber von einem Stillstand kann doch nicht geredet werden. Es muß, der Kollege mitarbeiten, denn werden auch weitere Fortschritte zu verzeichnen sein. Die Petitionen z.

müssen die Jüitalen selber anfertigen. Kollege Herrmann bündelt sich also mit seinen Ansichten im Jüritum. G. Schabel.

Anmerkung der Redaktion. Der Verbandskollege Schabel meint, daß die Jüitalen nicht die Erratieren aufbringen können, die zur Erreichung eines eigenen Sekretariats der Berliner Verwaltungen notwendig sind. Wir sind anderer Ansicht. Nach unserer Berechnung würde ein Extraktierer von höchstens 2-3 Pf. pro Woche notwendig sein, um die Rentenfrage zu regeln. Ein solches minimale Opfer muß aber jeder Verbandskollege bringen, der es eülich mit seiner Organisation meint. Den Kollegen, welche dieses geringe Opfer nicht bringen wollen und daher aus dem Verbandscheiden, brauchen wir keine Tränen nachzuweinen. Sie meinen es doch nicht aufrichtig mit unserer Bewegung. Dann aber bestreiten wir auch gar nicht, das deshalb eine größere Zahl von Mitgliedern aus dem Verbands geht. Es ist eine Hundertmal in der Gewerkschaftsbewegung gemachte Erfahrung, daß die Eröbung von Beiträgen nicht die Organisation schwächt, sondern sie in ihrer Mitgliederzahl stärkt. Die Organisation leidet mehr und gewinnt dabei groß: bis zu indifferente Reize. — Sonderbar muß es einem aber berühren, daß gerade die Berliner Kanalisationsarbeiter gegen eine eventuelle Extraktierer sind. Ein großer Teil derselben soll nach den Beschlüssen des Stadtverordneten-Kollektivums nicht unerhebliche Vorkünlagen — bis 50 Pf. pro Tag erhalten und so sollen sie nicht 2-3 Pf. pro Woche opfern können?!! Es steht dieses gerade so aus, als wenn die Kanalisationsarbeiter sich sagen: wir haben ja unser Schickchen ins Trockne gebracht, was geben uns die Anderen an! Die Stellungnahme einiger Berliner Jüitalen in der Beamtenfrage ist geradezu bedauernd für die Berliner. Die Dresdener Jüitalen mit 400 Mitgliedern kann sich einen Beamten leisten und die Berliner mit 2000 Mitglieder nicht! In Nürnberg zahlen unsere Verbandskollegen einen wöchentlichen Beitrag von 20 Pf., ohne daran Anstoß zu nehmen. Die Berliner süsslichen Arbeiter dagegen, welche materiell nicht unerheblich besser gestellt sind, als die Dresdener und Nürnbergler, können nicht mehr als 15 Pf. zahlen! Schabel bezweifelt dann den Stillstand der Berliner Bewegung. Wir können dem Verbandskollegen Schabel verrathen, daß die Berliner Bewegung nicht nur jüthelst, sondern zurückgeht. Die Jüitalen sollen die notwendigen schriftlichen Sachen selber anfertigen, sagt Schabel. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß jeder ein Theil der Jüitalen dazu nicht fähig ist und ihre jetzigen Eingaben z. nur Mittel bei den süsslichen Behörden erregen.

Aus diesen Gründen können wir uns nur den Ansichten des Verbandskollegen Herrmann anschließen und hoffen, daß bald ein anderer Standpunkt in Berlin herrschen wird.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: H. Siebig, Berlin S., Urbanstraße 11. Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: Bruno Voerß, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25, Portal III. Bericht vom 10. 121b: Bornmuß. Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassierer: P. Vosskaert, Berlin N. 38, Erosowstraße 18. Geschäftsführer der Krankengeld-Zusuchtkasse: G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25. Alle Korrespondenzen, Anfragen z. die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft" und die Krankengeld-Zusuchtkasse bestimmt, sind nur an den Verbandskassierer zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankengeld-Zusuchtkasse gehen an G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft" gehen an St. Voerß.

Vorsitzender des Ausschusses: H. Schulz, Berlin S.O., Kanthoferstraße 21.

Commission über eingegangene Gelder für den Gewerkschaft-Kongress: Dresden 50 Pf.

Krankengeld-Zusuchtkasse.

Zufuß von der Krankengeld-Zusuchtkasse: Berlin La Zabinele Berlin 50 Pf., Berlin X. 30 Pf., Galsburg-Struttgart 30 Pf., Berlin IX. 50 Pf., Berlin I. 50 Pf.

Versammlungen.

Berlin I. (Gasanialt Müllerstraße) In der Generalversammlung der Jüitalen, welche am 24. Juli der Bergmann, Bismarckstraße 3, abgehalten wurde, erstattete zunächst der stellvertretende Kassierer, Kollege Hög, den Rechenschaftsbericht vom 2. Quartal. Nach der Entlassung vollzogene der Vorsitzende Gubi gegen den Artikel in Nr. 14 der „Gewerkschaft": „Die Anstellung eines Beamten für die Berliner Jüitalen." Er führte u. a. aus, daß die 50 Pf. der Beiträge, welche den Jüitalen verbleiben, nach wie vor dazu verwendet werden müssen, die Kollegen im Krankheitsfalle davon zu unterstützen. Wenn nun eüil, hiervon ein Theil des Gehalts für einen anzustellenden Beamten aufgebracht werden sollte, so würde der Jüitalenbeitrag für die Krankenunterstützungen nicht ausreichen.

Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß erkrankte Kollegen es nicht für notwendig befunden haben, den Kassierer resp. dessen Stellvertreter davon sofort in Kenntnis zu setzen, sondern ihren Anspruch auf Unterstützung erst dann geltend gemacht haben, nachdem die Krankheit beiligt war. In Zukunft haben nur solche Kollegen

Anspruch auf Unterstützung, die ihre Arbeitsunfähigkeit innerhalb drei Tage beim Kaiser melden.

Am 1. d. M. in der Redaktion: Es ist wirklich zu beobachten, daß selbst Organisationsvereine, die eine leistungsfähige Argumentation im Interesse führen, um die Anstellung eines Beamten für die Berliner Filialen illusorisch zu machen.

Der Beitrag den jeder der 22 Filialen zu dem Gehalt eines Beamten beizuführen hätte, ist im Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Fortschritt, welchen die Mitglieder selbst dadurch erreichen würden, so minimal, daß er kaum wesentlich in Betracht kommt.

Ferner würde sich auch die Mitglieder durch die Tätigkeit eines tüchtigen Beamten ohne Frage steigern, so daß sich die Kostenverhältnisse der Filialen in absehbarer Zeit verbessern würden.

Es ist zweifellos falsch, falls, wenn ein Teil der Verbandeskollegen behauptet, durch die Befolgung eines eigenen Beamten gehen die Mitglieder der Krankenkassenvereine verlustig.

Proben. Kathsarbeiter. Am 28. Juli fand im Trianon eine gut besuchte Versammlung der in städt. Betrieben beschäftigten Arbeiter statt. Ueber Pensionen- und Unterhaltens-Versicherung der städt. Arbeiter sprach Herr Dr. Reich, Verbandsekretär der in Gemeindefabriken beschäftigten Arbeiter. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß schon viele Städte Pensionen- und Hinterbliebenen-Versicherung der städtischen Arbeiter geschaffen haben und daß diese Einrichtung ebenso wichtig ist, wie die Pensionierung der Beamten.

Auch die Lebensversicherung mußte wieder kritisiert werden. Hat doch ein Arbeiter beim Wasserwerk (Hohlegung) die unglückliche Zahl von 115 Arbeitsstunden in einer Woche erreicht, das ist aber nicht der einzige Fall, auch sind 11, 12 und 13 Stunden täglich nicht selten. Dabei muß man bedenken, daß an anderen Orten Arbeitsmangel herrscht, und müßten sich die Arbeiter mit der Bitte an den Staat wenden, Arbeiter-Einstellungen nach Möglichkeit zu verhüten. Es sind auch in gewissem Sinne Notstandsarbeiten in Angriff genommen worden, sonst wäre es ja nicht zu verstehen, daß im Gegensatz zur Unfähigkeit der Arbeiter, welche auf den meisten Arbeitsplätzen umgehalten und oft auf 12, 13 und mehr Stunden verlängert wird, dem Zustand an der Hülfsfabrik plötzlich nur 9 1/2 Stunden gearbeitet wird. Auch sollen den Arbeitern, die dort in Arbeit treten, nur 30 Pf. statt 32 Pf. Stundenlohn gezahlt werden. Der Vertrauensmann der städtischen Arbeiter wird bezüglich der Heider Angelegenheit und der Lebensversicherung beim Rathe um Auskunft resp. Bestätigung der Mitglieder nachgeholt.

Hamburg. Am Mittwoch, den 17. Juli fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung der Schwarz statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abschreibung. 3. Sitzungsergebnis und Zusammenfassung. 4. Kartellangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Punkt 1 war der Eintritt in die Tagesordnung besprochen erledigt. Die Protokolle wurden nach Berufen derselben genehmigt.

Punkt 2: Abschreibung. Diesbezügliche ergab einen Bestand vom 1. Quartal von 56,7 Pf. Einmalige im 2. Quartal 751,7 Pf. Ausgabe 178,43 Pf. An die Hauptkasse abgeführt pro 2. Quartal: 322,95 Pf. Bleibt hiermit im Bilanzbestand am 1. Juli von 250,49 Pf. Die Mitgliederbeitrag betrug am 1. April 360 und am 1. Juli 478 resp. 471. Dem Kassier wurde darüber Decharge erteilt.

Punkt 3: Sitzungsergebnis. Der Vortragsabend erwiderte nochmals die einzelnen Punkte des Programms, worauf durch die Wahl der Festsetzung auf 9 Mann erhöht wurde. Man ist sich darüber einig, daß bei der ersten Zehntel der jungen Filiale Großartigere geleitet werden müsse und ist sich voraus, daß die zunehmende Mitgliederzahl eine Garantie für einen zahlreichen Besuch bietet.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die Artangränge von Familienangehörigen, welche dem Zweck dienen sollen, auch den Frauen etwas zu bieten und es in unserem Ziele hauptsächlich zu machen. Die Abstimmung hierüber ist abgelehnt aus.

Punkt 4: Kartellangelegenheiten. Nach dem Verlesen eines Schreibens von der Kartellkommission, betriebl. Unterstützung der ausländischen Fabrikarbeiter in Nordbremen und der Glasarbeiter in Hamburg ist man der übereinstimmenden Meinung, daß die Unterstützung der Ausländischen unsere höchste Pflicht sei. Demselben wurden 50 Pf. überwiesen. Da die Aufbringung durch Extramarken vermieden wurde, sollen dieselben notwendigerweise auf geeignete Weise wieder beschaffen werden. Für die verbleibenden Kartellmitglieder sollen die Vertrauensleute mit Sammelstellen ausgerüstet werden.

Punkt 5: Verschiedenes. Der Vortragsabend gab bekannt, daß Kollege Röhne von seinem Amt abgelöst und durch Wader ersetzt worden sei. Ebenso wurde beschlossen, die Kollegen Dunkel und G. Müller zu dispensieren, und wurden als Ersatz für Einmündel Winkler und Schindler als Vertrauensleute gewählt, sowie für St. Pauli Eduard Schmitt. Herr Birger führte die Notwendigkeit an, für den Casarabertongang einen Delegierten zu ernennen.

Wenn es wäre es gewesen, wenn Extramarken verausgabt und hierdurch die Kosten für den Kongress leichter aufgebracht würden. Zur Kartellangelegenheiten übergehend, teilte Herr Bürger noch das rentierte Gebahren einiger Mitglieder der Extramarken und bittet die Anwesenden, doch treu zu halten und sich nicht an Kleinm zu stoßen, sowie ebenfalls sich den einmal gefassten Beschlüssen fügen zu wollen, worauf Schluss der gut besuchten Versammlung um 11 1/2 Uhr erfolgte.

Aus den Gemeinden.

Neue Zustände herrschen auf den Berliner städtischen Kieselgläsern. Wiederholt haben sich die hiesigen Arbeiter Berlin bemüht, daß die Akkordarbeit abgeschafft würde. Sie haben auch auf dem Vetrationswege des Reiches bei den Minister-Verwaltungen und dem Magistrat selbst die Beseitigung der Akkordarbeit beantragt. Leider vergebens. Auch auf den kommunalen Kieselgläsern der Stadt Berlin wird teilweise im Akkord gearbeitet. So wird zur Zeit der Ernte das Mähen im Akkord vergeben. In jedem Privatbetrieb, mag der Besitzer resp. die Aktiengesellschaft noch so reaktionär sein, wird dem Arbeiter, welcher eine Arbeit im Akkord ausführen soll, bei Erteilung des Auftrags ausdrücklich gesagt, für den und den Preis haben sie die Arbeit zu liefern. Zum großen Teil wird der städtischen Land-Akkord nach gegenseitiger Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vereinbart und schriftlich im Vorhanden festgelegt. Das ist auch für beide Teile von wesentlichem Vorteil und nur Recht und billig. Jeder Arbeiter muß doch zum Mindesten wissen, welchen Lohn er für seine Arbeitsleistung bekommt. Ganz anderer Meinung darüber aber sind die sparsamen arbeiterfreundlichen Gutverwalter der Berliner Kieselgläser. Bei denen genügt es, wenn der Arbeiter nur arbeitet, reichlich im Akkord arbeitet; nur nach den Arbeitsbedingungen der Höhe des Verdienstes darf dieser nicht fragen; das geht über den Horizont der städtischen Landwirthe. Mäheten da neulich auf Gut Falkenberg sechs dreier Schütter im Schwitze ihres Angesichts, was immer die Sense rasen konnte. Warum sollten sie auch nicht. Die Pflanzung am Sonnabend der Frau dabei eine bedeutend höhere Geldsumme übergeben zu können, verließ ihnen erhobte Kritik. Wie, der geringe Lohn, die schwere Arbeit wurden mannschaft ertragen und überwinden. Sie mäßigen ja im Akkord; der Verdienst muß ja ohne Zweifel großartig ausfallen. Der Sonnabend kam heran. Leider war die Enttäuschung der Arbeiter bei der Lohnzahlung so großartig, wie vordem ihre Hoffnung. Nur wenige Kiesel hatten sie trotz Mühe und Fleiß während der ganzen Woche mehr verdient. An eine Berechnung ihres Lohnes konnten die Leute garnicht denken; sie wußten ja garnicht, wieviel sie für das Ar zu bekommen hatten. Ihre diesbezügliche Frage wurde von dem Gutverwalter Herrn Jarschik dahingehend beantwortet: er kann vorher keinen bestimmten Vorbehalt festlegen, d. h. er könne den Leuten vorher nicht sagen, wieviel sie für das Ar resp. den Morgen bekommen. Auch jetzt noch nicht, nachdem sie bereits eine Woche hindurch gemäß hatten. Unter solchen Umständen war es nur natürlich, daß die Leute nicht weiter nähen wollten. Andere Arbeit gab's nicht und die Kerperten zogen ins Ungewisse arbeitslos hinaus.

Die faszinierenden auf sozialen Gebiete gerade die Falkenberger Gutverwaltung ist, beweist und Jögendes: Aus allen deutschen Vaterländern hört man Klagen über Arbeitsmangel. Das Schicksal, die Arbeitslosigkeit, die Krise tritt einem allwärts, auch in der schönen Reichshauptstadt Berlin, Pomm und Gend verbreitend entgegen. Nur Gut Falkenberg, unweit Berlin, weiß davon Nichts zu erzählen. Dort ist Arbeitermangel; die Kieselgläser, welche Nachschicht haben, also zwölf Stunden ihren Posten vorstehen, müssen am anderen Morgen, nachdem ihr Dienst beendet, noch bis Mittags, also fernere 6 Stunden, gleich 18 Stunden! im vollen Glanz der Sonnenglut im Akkord mähen: eine Zwangsarbeit gibt es nicht. Jährlich ein kräftiges Zeiden der Zeit! Auf der einen Seite Arbeitsmangel und Gend, auf der anderen Seite werden wenige Arbeiter gezwungen, ihre Kräfte bis zum Uebermüde anzuwenden. Ihre Gesundheit und ihr Leben zu gefährden, indem sie 18 Stunden täglich schwerer, schwerer arbeiten müssen. Weshalb werden hier nicht Hilfsmaßnahmen ergriffen? Ist es auch nur während der Erntezeit?

Auch auf den anderen Kieselgläsern herrschen ähnliche Zustände.

Entwängelt haben die Oberbrücker Schütter (Sanonarbeiter) wegen ungenügender Entlohnung auf Gut Malchow die Arbeit niedergelagt.

Auch die Behandlung der Leute läßt viel zu wünschen übrig. Allerdings ist dies nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß während der Ernteszeit Russen, Polen, Kroaten ... in Umarmung einheimischer Arbeiterkräfte, auf den städtischen Kieselgläsern beschäftigt werden. Diese Leute sind von Hause aus daran gewöhnt, für Akkordarbeit sich dankbar zu erzeigen, wo weidem Kritik darf die deutsche Arbeiter eine bessere Behandlung erwarten. Arbeiter der Kieselgläser im Norden und Süden, an Gend liegt es, wenn derartige Zustände nicht beseitigt werden und weiter so fortwähren.

Zweiter der Organisation bei und schaff' Euch ein Wohlsein, vermittelst dessen Ihr die Macht gewinnt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Behandlung zu erzielen.

Städtischer Wohnungsamt in Ebersfeld. Am 23. März erriethe die Stadt Ebersfeld einen städtischen Wohnungsnachweis, der Wohnungen bis zu 500 Pf. Jahresmiete vermietet. Erregte keine Jugend konnte er doch schon 36 v. H. der angebotenen Wohnungen vermitteln, ein Prozent, der in einigen Bezirken auf über 50 liegt. Für die mobilten Wohnungen schenkt

dem Nachweis das Substitut zu fehlen. Unter den Wohnungsuchenden überwiegen die Arbeiter; da es sich in der Hauptsache um Wohnungen von 1 bis 3 bezw. 4 Räumen handelt, ist das verständlich. Der Nachweis hat auch die Gründe des Wohnungswechsels zu ermitteln gesucht. Von außerhalb zugewandten waren 55. Unter den übrigen 397 Fällen wurden Miethserhöhungen 11mal bemerkt, Mängel der Wohnung oder des Hauses 57mal, Minderung der Arbeitsstelle 47mal, Kleinheit der Wohnung 77 und Große 33mal Unpünktliche Mietzahlung, Ermittelung ist nur 10mal angegeben. Das Amt entspricht offenbar einem Bedürfnis. (Soz. Praxis.)

Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung städtischer Arbeiter in Heidelberg. Aus Heidelberg wird uns geschrieben, daß die Stadt Heidelberg nimmer gleichfalls an eine Versorgung ihrer städtischen Arbeiter und an eine statutarische Regelung ihrer Verhältnisse überhaupt herangehen will. In der Regel sollen Arbeiter unter 35 Jahren eingestellt werden und auch nur Arbeiter von mindestens diesem Alter Anspruch auf Ruhegehalt haben, wenn sie ganz oder teilweise arbeitsunfähig werden. Sie müssen mindestens 10 Jahre bei der Stadt gearbeitet haben und können dann nur mit Genehmigung des Stadtratheskollegiums gefähigt werden. Das Ruhegehalt beträgt 25-70 pSt. des zuletzt verdienten Lohnes. Beschäftigung mit entsprechend leichten Arbeiten bedarf sich die Stadt vor. Die Hinterbliebenen erhalten Sterbegeld und bis drei Monate nach dem Tode des Arbeiters seinen Lohn bezw. Ruhegehalt fortgezahlt. Die Witwen erhalten darnach 30 pSt. des letzten Arbeitslohnes; Halbwaifen 2/10, Vollwaifen 3/10 des Witwengehaldes bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. Eine Beitragsleistung der Arbeiter ist nicht vorzuziehen, ebensowenig wird ein Rechtsanspruch aufgeführt. Auch hier wie in den meisten Statuten ist die Abhängigkeit der staatlichen Rente vorgegeben. Gleichzeitig soll eine Regelung der Arbeitsverhältnisse erfolgen; die Arbeitszeiten sollen 10-11 Stunden betragen, Ueberstunden mit 25 pSt. Zuschlag, Sonntags- und Nacharbeit in solchem Maße mit 50 pSt. Zuschlag vergütet werden. (Soziale Praxis.)

San von Wohnungen für städtische Arbeiter in Essen. Die Stadtratheskollegium beschloß zur Erbauung von Wohnungen für die Arbeiter des Gas- und Wasserwerks eine Summe von 500 000 Mk., und zwar mit der Bestimmung, daß von diesem Betrage in diesem Jahre ein Viertel der Summe zur Vererbung kommen soll. Das Kollegium bewilligte diese verhältnismäßig hohe Summe aus der Ertragszinsen. Die Arbeiter des Gas- und Wasserwerks durch Erbauung einer Arbeiterkolonie ebenso billige und bequeme, wie in sanitärer Hinsicht vollkommenen Wohnungen zu verschaffen, andererseits auch der Verwaltung den Vortheil zu bieten, einen tüchtigen Arbeiterstand zu gewinnen. Diese sollen an die Arbeiter vermietet werden zu einem Preise von 180 bezw. von 240 Mk. Der Stadt erwächst aus der Errichtung der Arbeiterwohnungen ein jährlicher Zuschuß von 11 620 Mk. oder 34 pSt. des Anlagekapitals. Bemerkt sei noch, daß zu jeder Wohnung ein kleines Gärtchen gehört. (Soziale Praxis.)

Aus Breslauer städtischen Betriebs. Die Stadt Breslau steht in dem Kampfe, sozialpolitischen Verhandlung zu bezwingen. Mit diesem sozialpolitischen Verhandlung ist es jedoch nicht bei. Abgesehen von den Zuzugelöhnen, — dieser Ausdruck ist nicht übertrieben, sondern entspricht den nackten Thatsachen — welche man den städtischen Arbeitern abtut, sind auch andere Mißstände in Höhe und Zahl aufzuzählen. In dem 2. städtischen Gaswerk, auf dem bis 300 Personen beschäftigt werden, ist nicht einmal eine Badeeinrichtung für die Arbeiter vorhanden, ein Umstand, der wohl einzig unter den größeren Gaswerken Deutschlands daheißt. Die Arbeiter nehmen einen Eimer, werfen ein Stück glühendes Eisen hinein, um warmes Wasser zu erhalten, und nun beginnt die furchtbare „Richtung“. — Auch scheint der Betriebsinspektor dieses Werkes, König, ein Herr mit sehr absonderlichen Ansichten zu sein. Nämlich wünschen einige Arbeiter seiner Anwalt eine geringe Vorkerberhöhung. Diese wurde so gut wie abgeschlagen, und als darauf einige Arbeiter zu bestehen gaben, daß sie sich an die höhere Anstanz wenden würden, soll Herr König gesagt haben: „Ich kann Ihnen raten, sich nicht an die höhere Instanz zu wenden. Sie würden sonst Ihre Entlohnung zu erwarten haben.“ — Possentlich trägt die höhere Stadtverwaltung dafür Sorge, Herrn König dahingehend zu belehren, daß es das Recht der Arbeiter ist, sich an die höheren Instanzen wenden zu können und Herr König dieses Recht zu respektieren darf.

Bundschau.

Die Bresfelder Sammeltheater befinden sich seit dem 29. v. Mis im Anstand. Sie fordern von den Unternehmern 20 pSt. Vorkerberhöhung und eine Befürzung der Arbeitszeit. Die gesundheitschädliche Beschäftigung und die geringe Entlohnung der Sammeltheater lassen die Forderungen als vollkommen gerechtfertigt erscheinen. Infolge des Aufstandes haben die Sammeltheater seit Montag, den 5. d. Mis sämtliche Fabriken geschlossen. Die von der städtischen sozialen Kommission angebotene Bemittelung wurde von den Aufständigen abgelehnt; sie bedürften entschieden auf ihren Forderungen.

Ueber das Ende des Casarabert Weber-Areiko berichtet der „Leitungsarbeiter“, das zwar nach langen Verhandlungen ein ehrenvoller und für die Arbeiter vorteilhafter Vergleich zu Stande gekommen, der Areiko aber noch nicht völlig gelöst sei. Die Arbeit ist zwar zum Teil auf Grund der Vereinbarungen bereits wieder aufgenommen worden. Die Mehrzahl der Fabrikanten kommt den Bedingungen auch nach und zeigt sich bemüht, das Geschehene vergessen zu machen. Einige aber machen dem Will über ihre

Niederlage durch allerhand unnötige Maßnahmen, die die Arbeiter verteuern und von Neuem Erbitterung wecken müssen. Die Streikbrecher werden bevorzugt die eingeschickten Leute bekommen jetzt schmale Süde, während sie früher breite gemacht haben, und verdienen dabei viel weniger, außerdem erfolgt auch die Einstellung nicht in der zugelegten Weise."

Ein späterer Bericht desselben Organs kann jedoch mitteilen, daß die Fabrikanten auf ihre die Durchführung des Vergleichs vorteilhaften Maßnahmen verzichten und daß nunmehr Aussicht auf dauernden Frieden vorhanden sei. Zwar seien noch nicht alle Arbeiter eingestellt; im Laufe der nächsten Woche würden aber auch die letzten nach Maßgabe der Vergleichsverhandlungen Arbeit erhalten.

Es war ein gewaltiges Ringen zwischen Kapital und Arbeit, in dem die vier Gewerkschaften unterliegen mußten; die von ihnen beabsichtigte Lohnreduktion ist bis auf ein Minimum rückgängig gemacht worden, und was übrig geblieben ist, wird durch andere von den Arbeitern erzwungene Vorteile wieder ausgeglichen. Die Unternehmer mußten vor dem entschlossenen Widerstand der Arbeiter, der durch die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter gestützt wurde, zurückweichen und schließlich in einen Vergleich willigen, der ihnen von den bedrücklichen Vermittlern und den sozialistischen Streikbrechern gemeinschaftlich diktiert wurde.

Dieser Sieg nach 20 wöchentlichem harten Kampfe haben die Gewerkschaften vor allem ihrem treuen Ausbarten, ihrer fast begriffenen gemeinschaftlichen Disziplin und dem Vertrauen auf die gescheiterte Leitung des Streiks zu danken. Nicht zum Vergessen hat aber zu diesem Erfolge auch die ihnen durch die deutsche Arbeiterbewegung zu Teil gewordene Unterstützung beigetragen, die ihnen ihr langes Ausdauern ermöglichte. Hoffen wir nun, daß das Bewußtsein der Notwendigkeit gemeinschaftlicher Organisation bei der lausig. r. Weberbevölkerung dauernd noch erhalten bleibt, und daß auch andere Berufsstände in ähnlichen Verhältnissen daraus lernen, wie nur durch die Macht der Organisation ihre Lebensverhältnisse vor der angreifenden der gegenwärtigen Wirtschaftslage ihnen drohenden Verschlechterung bewahrt werden können.

Litterarisches.

Der in seinem 26. Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender für das Jahr 1902** (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co) enthält u. a.:

Kalendarium. — Volkswesen. — Statistische Schängel. — Märkte. — Die Geschichte vom starken Mann. Von Emil Holowen (mit Illustrationen). — Dem Frühlings zu. Gedicht von Ernst Kremml. — Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Von Paul Singer. — Wilhelm Liebknecht, ein Charakterbild. Von Robert Schmelkel. — Wilhelm Liebknecht. Gedicht von Robert Seidel. — Die Erschließung Chinas. Von Max Schippel (mit Illustrationen). — Woher stammen unsere Getreidearten. Von Dr. Curt Grottel. — Schmiede. Gedicht von Franz Dieberich. — Aus den Lehrtagen. Erzählung von Robert Schmelkel (mit Illustrationen). — Streik. Gedicht von Ludwig Feiler. — Unser zweiter Parteitag unterm Ausnahmestieg. Von J. A. — Eine englische Arbeiter-Gewerkschaft. Von Eduard Bernstein (mit Illustrationen). — Grabe nur. Gedicht von Ernst Preygang. — Die letzten Reichsratswahlen in Oesterreich. Von Engelbert Fernerstorfer. — Hoch- und Untergrundbahnen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Ein französischer Buchdruckerstreik im 16. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Der Gießbaum. Gedicht von Ernst Preygang. — Fliegende Blätter. — Das Schwein des Bürgermeisters. Schwank von R. F. Diefenbach. — Für unsere Rüstfelle. — Trübsalige und Bräutelsender. — Hierzu vier Kupfer: Wilhelm Liebknecht. — Die Schnittlinie. — Die ersten Rischen. — Bayerischer Hochzeitslieder. — Ein Dreifarbenband auf Kunstpapier. — Verlassen. — Ein Wandlender.

Zeitschriften. Von diesem trefflichen Unternehmen, das mit Beginn des neuen Jahrhunderts die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart ins Leben gerufen hat, ist nunmehr das 6. (Juni-) Heft erschienen. Diefem Heft ist ein Register beigegeben, das sämtlich: in den 6 ersten Heften enthaltenen Stichworte aufweist. Man erhält einen Begriff von der ungeheuren Fülle des in diesen Heften verarbeiteten Materials, wenn man dieses Register ansieht, das allein drei Bogen umfaßt und nicht weniger als 10 154 Stichworte enthält. Durch die Beigabe dieses Registers stellen sich nun die 6 ersten Heft als ein vollkommen in sich abgeschlossenes Werk dar, das in seiner Eigenart, eritaunlichen Mannigfaltigkeit und seiner fabelhaften Billigkeit seinesgleichen auf dem deutschen Büchermarkt nicht hat. Die Verlagshandlung giebt zu diesem stattlichen Bande eine ebenso geschmackvolle wie dauerhafteste Einbande heraus, die das Werk zu einer Zierde für jede Bibliothek macht.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 44. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aus Briefen von Engels an Marx. Die Hilfslosenbewegung. Von Friedrich Müller. — Pariser Theater. Von Dr. Helene Wolff. — Der Kampf um die Volksschule in Oesterreich. Von Junin. (Schluß). — Die Jahresberichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren. Von Helene Simon. — Literarische Wandschau: Männerchor. Verlag von J. Günther, Dresden. Dr. Einar Söllich, Die Spielmannsbräutigam des Reintiger Oberlandes. — Notizen: Die Einkommensverhältnisse Kopendagens. — Feuilleton: Zum Gedächtnis Wilhelm Liebknecht. Von Robert Schmelkel. (Fortsetzung)

An die Mitglieder der Krankengeld-Zuschußkaffe.

Bereits in Nr. 14 der „Gewerkschaft“ sind die Gründe erörtert worden, welche den Verbands-Vorstand und Ausschuß veranlassen, für die Krankengeld-Zuschußkaffe Extraktoren erheben zu lassen.

Nichts desto weniger sind wiederholt an den Geschäftsführer Anfragen gerichtet worden, die darauf hinauslaufen, diese oder jene Fikale resp. deren Kassennmitglieder von der Extraktoren zu entbinden.

Dies ist einfach aus Rechtschaffenheits- und geschäftlichen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit.

Man sollte meinen, die organisierten Arbeiter — mit solchen haben wir es doch hier nur zu thun — besäßen soviel Solidaritätsgefühl und Kollegialität, daß sie für ihre Institutionen, soweit dies ihnen irgend möglich, Mann für Mann eintreten und gegenbinden würden.

Diese Solidarität schämt aber ein Teil der Kassennmitglieder nicht zu besitzen, sondern sie entziehen ein Geschick wegen der ausgeübten Extraktoren, das wichtig einer besseren Sache würdig wäre.

Daß die Extraktoren erhoben werden müssen, und zwar pünktlich und ohne Ausnahme, ist zweifellos, soll die Kasse den Anforderungen, welche an sie gestellt werden, gerecht werden, und daß der Verbandsvorstand berechtigt ist, im Bedarfsfalle Extraktoren zu erheben, geht aus dem Kassennstatut, § 3 Abs. 3 genügend hervor.

Das Statut ist in Nr. 19 der „Gewerkschaft“, Jahrgang 1900, veröffentlicht und allen Verbandsmitgliedern zur Urkundung unterbreitet und mit zwei Drittel Mehrheit angenommen worden. Also es sind auch gegen den § 3 keine Einwände erhoben worden. Jetzt, wo es die dringende Notwendigkeit erfordert, daß die Kassennverhältnisse durch die Extraktoren aufgefüllt werden müssen, will sich ein großer Teil der Mitglieder dagegen auflehnen, oder ja ausbreiten. Hierdurch befinden gerade diese Mitglieder ihren niedrigen Charakter, der nur darauf besteht, für den geringen Beitrag, den sie geleistet, recht viel finanzielle Vorteile herauszuschlagen.

Weder laboriert ja nicht nur unser Verband und unsere Krankengeld-Zuschußkaffe an der Krankheit eines Teils der Mitglieder, die von dem Prinzip ausgehen, daß 20 Pf. eingezahlt, muß 10 Pf. wieder herausfallen, sondern auch die meisten Verbände und Krankenkassen haben mit derartigen Elementen zu rechnen. Das ist der sogenannte Ballast, der mitgeschleppt wird. Solche Gewinnung ist aber eines organisierten, vorwärtsstrebenden Arbeiters unwürdig. Er muß sich darauf bedacht sein, daß die durch ihn und mit ihm ins Leben gerufenen Einrichtungen gefördert und erhalten bleiben. Er muß nicht nur immer nehmen wollen, sondern auch, wenn solche die Umstände erfordern, sich zu Opfern bereit erklären. Solche Opfer können nicht dem Einzelnen, sondern der Allgemeinheit zu gute.

Darum, werthe Kassennmitglieder, richte ich an Euch das Ersuchen, folgt Euch dem unvermeidlichen Beschluß des Verbandsvorstandes und kommt Euren Verpflichtungen nach.

Es sei hiermit besonders darauf hingewiesen: Wer länger als 4 Wochen mit den Beiträgen für die Krankengeld-Zuschußkaffe rezitiert oder sich weigert, die Extraktoren zu entrichten, verliert jeden Anspruch auf Krankenunterstützung.

Adressen-Verzeichnis

der Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschußkaffe.

- Berlin I (G. A. Müllerstr.) Otto Haberer, Stephanstr. 49.
- Luerage II.
- Ia Zahlf. Berlin (W. A. Dautzgerstr.) A. Hottas, Gotsendstr. 17, v. I.
- Ia Zahlf. Weiskens, Fr. Grodost, Neu-Weiskens, Str. 126, I.
- Ib (G. A. Gutschmidtstr.) B. Großer, Plegnitzerstr. 40.
- VI (Kornemannstr.) B. Wagner, Eisenackerstr. 64.
- VII (Krb. b. Schladt u. Viehsofes) F. Tropper, Thierstr. 22, 4 Tr.
- VIII (Krb. b. Robbenf.) A. Lehmann, Kopenstr. 98, v. III.
- IX (Krb. b. Neu-Zinsp.) G. Wittmann, Salzweberstr. 6.
- X (Krb. b. Högenhst.) B. Rutz, Marienburgerstr. 32a.

- Bremen. P. Kirchhof, Landwehrstr. 81.
- Cannstatt. A. Kärcher, Hartzgasse 8.
- Chemnitz. M. Reichsman, Zedindandstr. 5.
- Fürth i. Bayern. G. Schmidt, Erlangerstr. 65.
- Hamburg. V. Steen, Eybendor, Mendorfstr. 189, II.
- Harleburg. A. Will, Rutenstr. 17.
- Leipzig. M. Burthard, Sonnenw. L. Kochstr. 134, IV.
- Ludwigshafen a. Rh. D. Vogel, Frieleheimerstr. 19.
- Magdeburg I. E. Goedeke, Neut. Heinrichstr. 29.
- III. Fr. Degen, Gropenplatz 2.
- Mainz. A. Jettermann, Rheinallee 16, I.
- Mannheim I. D. Bauer, Gondarstr. 20, v.
- II. J. Bauer, 14. Duerstr. 57.
- IV. Ph. Hoffelder, H. 4, 22.
- Münster. P. Dettling, Außere Mägdelborferstr. 13.
- Pforzheim. G. Baumann, Gutingstr. 37, II.
- Riedorf. F. Buthe, Schönemelderstr. 19, Hof II.
- Schwabmünchen. C. Scherff, Deutsch-Wilmersdorf, Mühlendurgstr. 87/89.
- Stuttgart-Gaisburg. D. Schmol, Hauptstr. 165.
- Stuttgart II. C. Altvater, Heilach, Ritterstr. 5.

Bekanntmachung.

Dresdener Mitglieder!

Nach dem einstimmigen Beschluß der General-Versammlung vom 18. Juli d. J. ist zur Leitung der ört-

lichen Verwaltungsausgaben am Schlusse jeden Monats eine Extraktoren von 10 Pf. zu entrichten.

Ferner werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß, wer länger als 6 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, im Krankengeldfalle keine Unterstützung erhält. Mitglieder, welche in der Wohnung x. von den Beitragssammeln nicht angetroffen werden oder ihre Angehörigen nicht damit beauftragen wollen, an den Leistungsüberbringer die Beiträge zu entrichten, können jeden Freitag von 6 bis 8 Uhr Abends in Schürig's Restaurant, Stiftstr. 14 oder jeden Sonntag in den Vormittagsstunden, Schülegasse 24, II. Hinterhaus, ihre Beiträge entrichten.

Der Verrechnungsmann. J. Eichen.

Schlichtung.

Der Betriebsarbeiter B. Stübe deqaer gehört nicht der Fikale Berlin I an, sondern der Fikale Berlin Ia.

Versammlungs-Anzeiger.

Bitte, die Ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Anmerkungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin I. (Kassat Müllerstr.) Montag, den 12. August.
- Berlin Ia. (Kassat Dautzgerstr.) Dienstag, den 20. Aug., bei Hoyer, Breitenauer Allee. Abends 8 Uhr.
- Berlin Ib. (Kassat Gutschmidtstr.) Dienstag, den 13. August, Kottbuser Baum bei Schladt.
- Berlin II. (Kassat Högenhst-Arbeiter). 24. August, Dragonerstr. 15, Abends halb 8 Uhr.
- Berlin III. (Kassat Weiskens-Arbeiter). Am 15. jeden Monats bei Schladt, 24, v. II.
- Berlin IV. (Kassat Weiskens-Arbeiter). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Weiskens, Hauptstr. 31, Abends um halb 9 Uhr.
- Berlin V. (Kassat Högenhst-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Hoyer, Dragonerstr. 16, Nachmittag halb 4 Uhr.
- Berlin VI. (Kassat Schülegasse, Schürig's-Restaurant). Jeden Dienstag nach dem 15. des Monats, Hauptstr. Allee 174.
- Berlin VII. (Kassat Arbeiter des hiesigen Robbenfplatzes). Sonntag nach dem 15. Dolmarstr. 46 bei Bülowstr.
- Berlin IX. (Kassat Arbeiter der Kettenschleiferei u. d. Eisenwerke). Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Buthe, Kornackerstr. 32.
- Berlin X. (Kassat Arbeiter des hiesigen Robbenfplatzes). Alle Sonntags nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XI. (Kassat Arbeiter). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Engelstr. 15, „Gewerkschaftsbau“. 1 Trepp. Sonntag 10, 11, 12.
- Berlin XII. (Kassat Arbeiter der nordl. Weiskens). Jeden Sonntag nach dem 15. in Weiskens, Kottbuser Baum bei Schladt, Nachmittag 2 Uhr.
- Berlin XIV. (Kassat Arbeiter). Jeden Donnerstag nach dem 15. Abends 8 Uhr, bei Buthe, Kornackerstr. 32.
- Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Hantsch, Dresden. Die Versammlungen werden in der „Arbeiter-Zig.“ über auch Hantsch bekannt gegeben. Verrechnungsmann: J. Eichen, Schülegasse 24, v. II.
- Hamburg. Mitglieder-Versammlung jeden dritten Mittwoch im Monat, Abends 8 Uhr bei Schladt, Reudorferstr. 48.
- Hannover. Am 1. Sonntag im Monat, Abends halb 8 Uhr in der Wohnung.
- Magdeburg I. (Kassat Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. bei Hoyer, Kottbuser Baum bei Schladt, Reudorferstr. 48.
- Magdeburg III. Jeden 1. Sonntag im Monat, Kottbuser Baum bei Schladt, Reudorferstr. 48.
- Mainz. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachmittag, Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Zur Post“, Robbenfplatz 17.
- Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, halb 7 Uhr Abends bei Hoyer, Kottbuser Baum bei Schladt, Reudorferstr. 48.
- Mannheim III. Versammlung jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, Nachm. 11 Uhr, im Lokal „Gris Rag“, H. 3. 2. bei Hoyer.
- Mannheim IV. Alle 14 Tage nach der Jahrl. Versammlung bei Hoyer, Kottbuser Baum bei Schladt, Reudorferstr. 48.
- Frankfurt. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitglieder-Versammlung im „Weiskens-Baum“.
- Leipzig. Am 27. August bei Hoyer, Kottbuser Baum bei Schladt, Reudorferstr. 48.
- Stettin. Alle Sonntags nach dem 1. jeden Monats bei Grottel, Mühlendurgstr. 87/89.
- Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 8 Uhr Abends, am „Stettin“.
- Worms. Am 24. August in Wilmersdorf, Kottbuser Baum bei Schladt, Reudorferstr. 48.

Achtung, Mitglieder Berlin III.

(Wasserwerksarbeiter.)

Zu der Versammlung am 15. August ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen, da sehr wichtige Punkte auf der Tages-Ordnung stehen, unter anderem: **Vorbauarbeiten.** Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Städtische Arbeiter der Stettiner Gas- und Wasserwerke.

Am **Donnerstag, den 15. August, Abends 8 1/2 Uhr**, findet im Restaurant **Jawoschew, Oberwick 45**, eine

Oeffentliche Versammlung

aller Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke statt.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Referent: Verbandssekretär Dr. P. o. r. e. i. c. h.

Die Kollegen der Gas- und Wasserwerke! Da in dieser Versammlung die Mittel und Wege erörtert werden sollen, die einschlägigen sind, um eure traurenigen Arbeits- und Lohnverhältnisse aufzubessern, darf auch nicht Einer von Euch in der Versammlung fehlen.

Der Einberufer.

Ladewig's Bier-Stuben

Sommantantenstr. 65.

Borzügliches Weiß- und Brau-Bier.

Bereinstimmer für 40 Personen.

Frau, Alward.

Zahlfelle der „Freien Volksbühne“.

Berant. Redakteur: Dr. Jorck, Berlin, Winterfeldstr. 25.

Druck von Maurer & Pinnich, S., Louise-Platz 11.